

Meinrad SCHWÖRER

Soweit Meinrad Schwörer auf dem im September 1974 besetzten Platz zum Gebrauch der alemannischen Sprache vor allem aber die Aufnahme eines grenzüberschreitenden Kampfes auf dem besetzten Platz in Markolsheim im September 1974 nach der Erklärung der damals 21 badisch-elsässischen. Bis, die die Platzbesetzung gegen das Bleichemiewerk in Marckolsheim und das AKW Wyhl ankündigt hatten.

Heute werden Angehörige, Freunde und Weggefährten Meinrad Schwörer bei dem wie es so heißt „letzten Gang“ um 14 Uhr begleiten. Ab 9 Uhr 30 wird uns Axel Mayer mehr zu ihm erzählen

Im Jahr 2014 wurden in Mexiko zehn Journalisten ermordet

Laut dem gemeinsamen [Bericht](#) des Lateinamerikanischen Journalistenverbandes (Felap) und mexikanischer Fachverbände sind 2014 in Mexiko zehn Journalisten getötet worden. 22 weitere Medienschaffende wurden Opfer des Verschwindenlassens. Von 2000 bis heute wurden insgesamt 139 Morde an Journalisten, ihren Familienangehörigen oder ihnen nahe stehenden Personen begangen. Diese Verbrechen seien "Angriffe auf die Presse- und Redefreiheit sowie auf das Recht auf Information", heißt es darin weiter.

In diesem Jahr gibt es bereits einen neuen Fall von Verschwindenlassen: Am 2. Januar wurde der Journalist, Fotoreporter und soziale Aktivist José Moisés Sánchez von einem bewaffneten Kommando aus seinem Haus entführt. Dies sei geschehen, "nachdem er vom PAN-Bürgermeister von Medellín de Bravo, Omar Cruz, bedroht wurde", so der Felap-Bericht.

Mexiko ist für Journalisten das gefährlichste Land in der Region. Laut der Felap-Untersuchungskommission für Attentate sind im Jahr 2014 insgesamt [31 Medienschaffende](#) in Lateinamerika durch Verbrechen ums Leben gekommen. Neben den zehn in Mexiko waren es sieben in Honduras, fünf in Brasilien, jeweils drei in Kolumbien und Paraguay, zwei in El Salvador, einer in Peru.

Termin für Ukraine-Gipfel weiter unklar

Ein Gipfel über die Zukunft der Ukraine wird in unmittelbarer Zukunft nicht stattfinden. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und seine Kollegen aus der Ukraine, aus Russland und Frankreich konnten sich bei ihren Gesprächen am Montag abend in Berlin nicht auf einen Termin einigen. Steinmeier sprach von einem Austausch mit »Kontroversen«. Ursprünglich war der Gipfel für Donnerstag in Kasachstan geplant gewesen. Steinmeier stellte für die kommende Woche ein erneutes Vorbereitungstreffen in Aussicht. (AFP/jW)

Kabinett will Ausweise entziehen

Das Bundeskabinett will am heutigen Mittwoch Gesetze im sogenannten »Kampf gegen den Terror« repressiver gestalten. Islamistischen mutmaßlichen Terroristen soll künftig der Personalausweis abgenommen werden können, um sie an der Reise in Kampf- und Ausbildungsgebiete zu hindern. Der Vorschlag von

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sieht vor, ihnen für bis zu 18 Monate ein Ersatzdokument auszustellen. Der Reisepass kann ihnen schon jetzt abgenommen werden. Der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Jan Korte, kritisierte, die Pläne würden eine Radikalisierung islamistischer Kreise noch vorantreiben. »Jede weitere Beschneidung von Bürger- und Freiheitsrechten schadet der Demokratie, während ihr Nutzen zu vage bleibt«, so Korte.

Streit um Zahlenfälschung der Pegida Demos, aber rassistischer Erfolg

Die Zahlen kommen von der für ihre Rechtslastigkeit bekannte Dresdner Polizeidirektion. Während geübte Demobeobachter die letzte PEGIDA Demo vom Montag in etwa so groß wie im Dezember einschätzten, steigerte die Dresdner Polizeidirektion die Teilname zahlen noch ein mal um mehr als ein Viertel, die rechten Organisatoren verdoppelten sie schlicht.

Einen anderen Ansatz wählte ein in Dresden lebender Mathematiker. Da die rassistisch mobilisierten Leute sich immer am gleichen Platz versammelten berechnet er schlicht die Größe des Platzes und akm auf unter 9000 qm. Wie hierbei dann mehr als 10.000 Leute schätzbar sein sollen bleibe das Geheimnis von Polizei und rechten Organisationskreis. So seine Bewertung. Die rassistische Mobilisierung hatte aber einen anderen Erfolg: Ein Hotelbesitzer des beugte sich den rassistischen bedrohungen: Er zog seine Bereitschaft sein leerstehendes Hotel „Prinz Eugen“ an die Stadt zu vermieten zurück. Dresden gibt gerade mal weniger als 2100 Flüchtlingen Unterkunft

Finanzminister verkündet »schwarze Null«

Berlin. Finanzminister Schäuble hat schneller als angekündigt die von der Groko angestrebte sogenannte »schwarze Null« für den Bundeshaushalt verkündet. Erstmals seit 1969 kam der Bund 2014 ohne neue Schulden aus, wie das Finanzministerium am Dienstag in Berlin mitteilte. Gegenüber der Planung lagen demnach 2014 die Steuermehreinnahmen um 2,6 Milliarden und die Verwaltungsmehreinnahmen um 2,9 Milliarden Euro höher.

Die Grünen warfen Schäuble vor, er habe für einen ausgeglichenen Haushalt »mit beiden Händen in die Sozialkassen gegriffen«. Die Folgen seien ein sinkendes Rentenniveau und Zusatzbeiträge für Krankenversicherte, erklärten Fraktionschef Anton Hofreiter und der Haushaltspolitiker der Grünen Sven-Christian Kindler. (AFP/jW)

Gerade einmal 31.000 Plätze für Syrien-Flüchtlinge-Mehrzahl nicht öffentlich unterstützt

Berlin: (hib/PK) Bund und Länder haben bisher rund 31.000 Aufnahmeplätze für Syrien-Flüchtlinge bereitgestellt. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([18/3627](#)) auf eine Kleine Anfrage ([18/3436](#)) der Fraktion Die Linke schreibt, hat allein der Bund mit drei humanitären Aufnahmeprogrammen 20.000 solche Plätze geschaffen. Die Länder hätten mit zusätzlich 15 Programmen weitere rund 11.000 Aufnahmeplätze für syrische Schutzsuchende mit Verwandten in Deutschland zur Verfügung gestellt.

Die Aufnahme der Flüchtlinge sei auch zügig verlaufen. Das Aufnahmeverfahren in Deutschland werde daher, gerade weil es gegenüber dem herkömmlichen sogenannten Resettlement-Verfahren durch eine schnelle Umsetzung aufgefallen sei, von anderen Staaten kopiert.

Derzeit leben den Angaben zufolge knapp 78.000 syrische Flüchtlinge in Deutschland, die nach dem 1. Januar 2011, also nach Beginn des Bürgerkrieges in Nahost, eingereist sind. Die Mehrzahl von über 40.000 wird also von ihren Angehörigen bzw. private Gastgebern versorgt. Unter den

Flüchtlingen sind rund 24.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die weitaus meisten Flüchtlinge (46.912) kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland. Im Vergleich zu 2013 (18.083) hat sich damit die Zahl der eingereisten Flüchtlinge aus Syrien mehr als verdoppelt.

Abgeordnetenwatch verklagt Bundestag auf Rausgabe der Lobbyistennamen

Hamburg. Der Deutsche Bundestag soll die Namen derjenigen Lobbyisten preisgeben, die im Gebäude ein und aus gehen können. Die Organisation Abgeordnetenwatch.de hat am Dienstag mitgeteilt, eine entsprechende Klage beim Berliner Verwaltungsgericht eingereicht zu haben. Zuvor hatte die Parlamentsverwaltung eine Anfrage auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes zurückgewiesen. Mit dieser wollte die Organisation die Namen von Interessenverbänden in Erfahrung bringen, die mit Bewilligung der Fraktionsgeschäftsführer einen Bundestagshausausweis erhalten haben. Ursprünglich hatte die Organisation die Fraktionen selbst um diese Auskunft gebeten. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen waren der Bitte gefolgt und veröffentlichten die Namen der Interessenverbände. Union und SPD weigerten sich mit Verweis auf den Datenschutz.

Protest gegen Befristungen bei Amazon

»Wir wollen bleiben« steht auf roten T-Shirts der Aktivisten, die vor dem Amazon-Versandzentrum im brandenburgischen Brieselang protestiert haben. Die Aktion beim Schichtwechsel am Dienstag nachmittag richtete sich gegen Befristungen beim Onlinehändler. In Brieselang haben 1.250 Menschen mit einem befristeten Vertrag gearbeitet. Zu Jahresbeginn bekamen 35 von ihnen einen unbefristeten Vertrag. 120 arbeiten nur noch bis Ende Januar weiter, 165 bis Ende Juni. Mehr als 900 bisherige Mitarbeiter stehen seit dem 29. Dezember ohne Beschäftigung da. »Die übergroße Mehrheit der Menschen bangt dort von Befristung zu Befristung um die weitere Existenz«, so eine Erklärung der Gewerkschaft ver.di. Auch Mitglieder des Betriebsrats sollen wegen Nichtverlängerung aus dem Betrieb ausscheiden.

Reaktion auf Versagen der grün-roten Landesregierung beim sozialen Wohnungsbau

Wie Radio Dreyeckland bei Auswertung einer Antwort des Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid vom 23.12.2014 zum sozialen Wohnungsbau feststellen mußte, ist die grünrote Koalition in Baden-Württemberg mit ihrer Zielvorstellung beim sozialen Wohnungsbau komplett gescheitert. Nicht 80 % Förderung des sozialen Wohnungsbaus fand in den originär grünroten Jahren 2012 +2013 statt, sondern auf 1 Mietwohnung kamen 25 Eigentumsmaßnahmen (174:4323). Wie die Freiburger SPD Mdl Gabi Rolland gegenüber RDL am 13.1.15 erklärte sei dies jedoch "keine Katastrophe", Sie kündigte aber Änderungen für 2015/2016 an.

O-ton

Das ganze Interview im Sendungsverlauf